

ASYLPOLITIK

Öffnet ein Tor nach Europa

Die EU braucht ein neues Asylsystem und eine gesteuerte Zuwanderung. Den Zustrom von Flüchtlingen wird freilich auch das nicht stoppen.

VON Klaus J. Bade | 16. November 2013 - 16:27 Uhr

© Ole Spata/dpa



Hungerstreikende Flüchtlinge am Brandenburger Tor in Berlin

Es ist ein zynisches Paradox: Viele klagen über einen angeblich wieder steigenden Missbrauch des Asylrechts, aber das Asylsystem in Deutschland und der EU funktioniert schon lange nicht mehr. Von Rechts wegen können Asylsuchende Deutschland seit der Grundgesetzänderung von 1993 nur in Ausnahmefällen legal und direkt erreichen, z.B. wenn sie nach Rücksprache mit deutschen Konsulaten hierzulande begründete Perspektiven auf Asyl haben.

Ansonsten bleibt ihnen nur der Luftweg. Der aber endet in der Regel im sogenannten Flughafenverfahren und in Abschiebehaft, bevor die Asylbewerber überhaupt deutschen Boden betreten haben.

Die meisten anderen Flüchtlinge schlagen sich auf illegalen Wegen nach Deutschland durch. Sie werfen in der Regel auf Anraten ihrer Schlepper ihre Papier weg und weigern sich anzugeben, wie sie heißen, aus welchem Land sie stammen und auf welchen Wegen sie nach Europa gekommen sind. Denn ausgewiesen werden darf niemand, dessen Herkunft unbekannt ist.



© privat

KLAUS J. BADE

Der Migrationsforscher, Publizist und Politikberater war bis 2012 Gründungsvorsitzender des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration. Er begründet sein Konzept der "negativen Integration" in seinem neuen Buch *Kritik und Gewalt. Sarrazin-Debatte, „Islamkritik“ und Terror in der Einwanderungsgesellschaft*, Wochenschau Verlag, Schwalbach i. Ts.

Diese illegale Zuwanderung wird durch den faktischen Kollaps des Dublin-Abkommens noch verstärkt. Danach ist für Asylanträge eigentlich das EU-Land zuständig, in dem die Flüchtlinge ersten Kontakt mit europäischen Behörden haben. Dieser Konsens, der für Deutschland in seiner europäischen Mittellage lange Zeit komfortabel war, funktioniert faktisch nicht mehr.

Aus Italien und Griechenland nach Deutschland

Seitdem hat die illegale Weiterreise von Flüchtlingen innerhalb Europas drastisch zugenommen:

- Tschetschenen fliehen aus ihrer von russischen Granaten umgepflügten Heimat über Polen, Bulgarien oder Griechenland nach Mitteleuropa, vorzugsweise nach Deutschland. In diesem Jahr waren es bis September allein 13.500, das sind rund 800 Prozent mehr im gleichen Zeitraum des Vorjahres, Tendenz steigend.

- Griechenland ist in der Krise schon mit dem Elend seiner eigenen Bürger überfordert. Die miserablen Lebensbedingungen für die vielen Flüchtlinge, die über das Mittelmeer kommen, sind deshalb noch abschreckender geworden. Hinzu kommt, dass sich auf die Flüchtlinge ersatzweise die Wut vieler Griechen entlädt. Asylsuchende fliehen deshalb auch vor faschistisch-rassistischer Verfolgung weiter, ebenfalls besonders nach Deutschland, weil hier im Asylbereich ungleich bessere Verhältnisse herrschen. Und weil Asylsuchende aus den genannten Gründen nicht mehr nach Griechenland zurückgeschickt werden.

- Italien weist abgelehnte Asylbewerber seit jeher nach einigen Wochen mit 500 Euro Übergangsgeld und einem Touristenvisum aus. Ihr Weg führt dann vorzugsweise nach Norden Richtung Deutschland.

Sankt-Florians-Prinzip

Vor diesem Hintergrund wächst in Deutschland erneut die Abwehr gegen "Asylbetrüger", die meist die Falschen trifft. Erinnerungen an die heftigen Auseinandersetzungen um das Asylrecht in den frühen 1990er Jahren werden wach, auch wenn sie im Blick auf die Zahlenverhältnisse unangebracht sind.

Fazit: Das asylopolitische Sankt-Florians-Prinzip der EU trägt nicht mehr. Nötig sind neue Grundlagen, die die Randstaaten des sogenannten Schengen-Raums aus der

Verdammnis befreien, mit den Flüchtlingen allein zurechtkommen zu müssen, die dort zuerst europäischen Boden betreten. Lastenteilung und Umsiedlungsprogramme reichen nicht mehr.

Die EU sollte sich stattdessen auf eine Umverteilung der Flüchtlinge über Kontingente oder Quoten einigen, bemessen an der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstärke der einzelnen Staaten. Dann könnten Flüchtlinge sich sogar ihre Zielländer aussuchen. Wenn deren Kontingent oder Quote erfüllt ist, käme der nächste Staat auf ihrer Rangliste an die Reihe.

Dabei könnten durchaus auch Nützlichkeitsabwägungen der Aufnahmestaaten eine Rolle spielen, je nach ihrem Arbeitskräftebedarf. Der nicht neue Gedanke, beruflich qualifizierte Flüchtlinge vielleicht sogar ganz aus den Fesseln des Asylverfahrens zu befreien, setzt allerdings eine Reform des europäischen Asylsystems voraus. Sonst wird es für die Flüchtlinge zur Falle. Denn um ihre Qualifikation nachzuweisen, müssen sie sich enttarnen, ihre Herkunft, Ausbildung und sicher auch ihren Fluchtweg aufdecken. Das aber kann, wenn es mit der Qualifikation doch hapert, zum Rückverweis in das Erstaufnahmeland führen – oder direkt ins Herkunftsland.

Die beste Lösung wäre eine beschränkte Öffnung legaler Zugangswege in die EU über ein europäisches Punktesystem. Zwei Wege sind dabei denkbar: Beruflich qualifizierte Zuwanderer können auf Zeit oder dauerhaft das Recht bekommen, sich in einem der EU-Länder niederzulassen und zu arbeiten. Das ist zum Teil in Deutschland auch jetzt schon möglich, aber noch nicht hinreichend bekannt.

Zum anderen könnten Zuwanderer eine befristete Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erhalten, um sich beruflich zu qualifizieren, mit der Pflicht, hinterher in ihre Heimatländer zurückzukehren. Das wäre eine Art Entwicklungshilfe und dürfte die Akzeptanz bei den Bürgern fördern, die Flüchtlingen und Asylsuchenden zunehmend wieder mit Misstrauen, Argwohn und offener Fremdenfeindlichkeit begegnen.

Transparenz erlaubt auch stärkere Kontrollen

Eines ist jedoch gewiss: Der Migrationsdruck wird durch all dies nicht enden. Im Gegenteil: Je mehr Flüchtlinge auf legalen, halblegalen oder illegalen Wegen durchkommen, desto mehr Nachfolger werden sich auf den Weg nach Europa machen. Es muss daher bei Kontrollen und auch Rückführungen bleiben. Allerdings nach geordneten individuellen Verfahren, in denen die Fluchtursachen geprüft werden – jenseits der abstrusen Engführung des Asylbegriffs seit 1993. Aber was offen und transparent gehandhabt wird, kann in Missbrauchsfällen umso legitimer restriktiv praktiziert werden.

An den nassen Grenzen der EU muss die europäische Abschreckungselektronik in eine Rettungslogik verwandelt werden. Die Probleme sind nicht geklärt, wenn kenternde Flüchtlingsboote bei Frontex, der EU-Grenzsicherungstruppe, vom Radarschirm verschwinden, sondern wenn ihre Insassen geborgen sind.

Wer aber den Migrationsdruck dort bekämpfen will, wo er entsteht, zum Beispiel in den afrikanischen Ausgangsländern, muss sich auch um das schäbige Zusammenspiel zwischen außerafrikanischen Geschäftsinteressen und korrupten afrikanischen Führungseliten kümmern. Denn die finanzieren mit westlichen Hilfsgeldern oft vorwiegend ihre Paläste, Bunker und Privatarmeen oder leiten Entwicklungsgelder gleich auf ihre privaten europäischen Bankkonten um.

So ist die Welt. Wer Patentlösungen hat, möge sich melden.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-11/asyl-fluechtlingen-eu-reform>